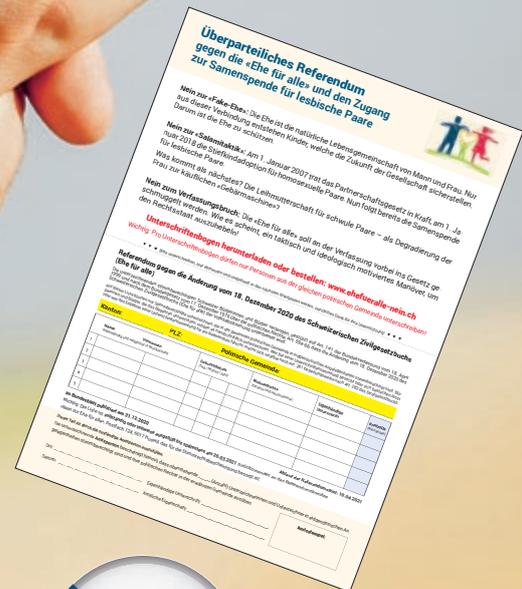


STANDPUNKT

Christlich-politische
 Monatszeitschrift

Februar 2021



Interview:
 Warum das Referendum gegen die
 «Ehe für alle» wichtig ist
 Seiten 8 – 9



«40 JAHRE STANDPUNKT»

Christ und Politik, Familie, Gemeinschaft, ganzheitliche Medizin: Das sind seit je grosse Themen der EDU.

Seite 3

VOLKSABSTIMMUNG VOM 7. MÄRZ

Verhüllungsverbot, Digitale Identität, Palmöl – Präsentationen, Stellungnahmen, Parolen auf den

Seiten 4–6

KANTON ZÜRICH

Kantonale Abstimmung 7. März

1. Anpassung Finanzkompetenz: Ja
2. Sozialdetektive: Ja
3. Nationalitäten in Polizeimeldungen angeben: 2 x Ja

KANTONALTEIL

INHALT

14

Hintergrund



Das kleine Corona-ABC

Das «neue Coronavirus» durchbuchstabieren: eine Serie zur Meinungsbildung. Der 5. und letzte Teil mit Leserangebot: Die einzelnen Essays sind als PDF-Dossier erhältlich.

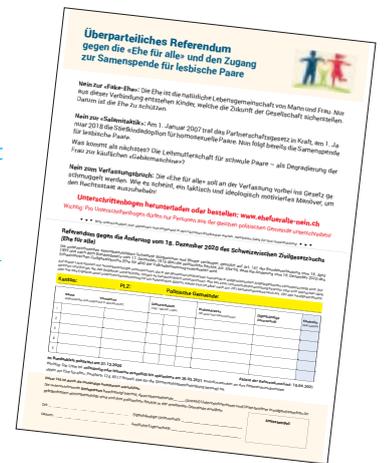
Wichtiger Hinweis zur Beilage: Referendum gegen «Ehe für alle»

Bitte beachten Sie den beigelegten Unterschriftenboten: Referendum gegen «Ehe für alle». Das Volksbegehren bezweckt eine Abstimmung über dieses wichtige Thema und kann ab sofort bis spätestens am 26. März unterzeichnet werden.

Aufgrund der aktuellen schwierigen Corona-Situation ist das Unterschriftensammeln auf der Strasse schwierig, wenn nicht unmöglich. Darum der dringende Aufruf: Sammeln Sie vor allem im familiären Umfeld Stimme! Laden Sie den Referendumsbogen auf www.ehefueralle-nein.ch herunter und versenden Sie diesen an Freunde und Bekannte!

Jede einzelne Unterschrift zählt. Für Ihre Unterstützung danken wir herzlich.

➔ Unterschriftenbogen und Argumente: www.ehefueralle-nein.ch



Anlässe 2021

Aufgrund der aktuellen Situation ist die Durchführung der geplanten Anlässe (siehe «Standpunkt» vom Januar 2021) nicht gesichert. Aktualisierte Informationen erhalten Sie auf der Website www.edu-schweiz.ch oder im Zentralsekretariat.

- 7 Tragen wir Sorge zur direkten Demokratie!
- 10 Intakte Umwelt – gesunde Lebensmittel
- 12 Wenn die Freude fehlt
- 13 klipp & klar | EDU in Aktion
- 16 Kolumne: Schlagzeilen
- 17 Pagina ticinese | Umfrage
- 18 Service-Seite: Angebote und Termine
- 19 Impressum | Schlusspunkt: Dankbar und hoffnungsvoll!?

www.edu-schweiz.ch

Wort des Monats

«Ich wäre bereit, mit den Republikanern einen Deal zu machen: Wenn sie aufhören, Lügen über die Demokraten zu erzählen, werden wir aufhören, die Wahrheit über die Republikaner zu sagen.»

Adlai Ewing Stevenson jr., 1949–1953 Gouverneur von Illinois und Präsidentschaftskandidat der Demokraten (unterlag 1952 und 1956 Dwight D. Eisenhower).

Anmerkung: Das Zitat könnte wohl auch unter umgekehrten Vorzeichen verstanden werden.

Leben in speziellen Zeiten



Liebe Leserin, Lieber Leser

«Ich erwarte mehr Klartext. Ein Blatt wie der «EDU-Standpunkt» ist doch der Wahrheit verpflichtet?» «Sie zeichnen ein sehr negatives Bild. Ich war meistens nicht ermutigt, wenn ich den «EDU-Standpunkt» gelesen hatte.» Gegensätzlicher könnten Zuschriften aus dem Leserkreis kaum ausfallen. Auch die vorliegende Ausgabe ist das Produkt umsichtigen Planens und eifrigen Schaffens. Trotzdem findet wohl auch diese Nummer Lob wie Kritik.

Wir leben in speziellen Zeiten. Das Coronavirus – oder die getroffenen Massnahmen? – stellt die Welt auf den Kopf. Die «Schutzkonzepte» tangieren zunehmend individuelle Rechte, die Marktwirtschaft, die Meinungsfreiheit, das Verhältnis Bürger–Bürger und Bürger–Staat. Richten wir den Blick nach den USA, so werden Hoffnungen wie Befürchtungen wach. Wie kann der Sympathieträger Joe Biden das Vertrauen vieler wieder herstellen? Wie intensiv wird er sich für ureigene sozialistische Forderungen stark machen? Und welche Signale wird das WEF Mitte Mai aus Südkorea in eine offenbar neu zu gestaltende Welt ausstrahlen?

Vor rund 50 Jahren wurde «Post-it» erfunden. Wie aus Misserfolgen Erfolge werden können, darüber berichtet «klipp & klar» (S. 13). Die Abstimmungsvorlagen präsentieren wir Ihnen ab Seite 4, inklusive Pro & Kontra, die Sicht eines Mediziners aufs angelaufene Impfprogramm auf Seite 11. **Unterschriftenbogen** gegen die «Ehe für alle» und **Broschüre** «Israel, der Zeiger an der Weltenuhr» von Jakob Zopfi: Vielleicht finden die beiden Beilagen Ihre spezielle Aufmerksamkeit?

Mit herzlichen Wünschen, Ihr
Thomas Feuz, Redaktionsleiter

40 Jahre «Standpunkt»

Die zweite Ausgabe des EDU-Parteiorgans erschien im November 1981. In seinem **Leitartikel** «Christ und Politik» schrieb Dr. Peter Rüst unter anderem: «Sollen die Kirchen politisieren? Im positiven Sinn Politik zu betreiben bedeutet, sich gemäss den demokratischen Spielregeln öffentlich für das Wohl der Gesellschaft einzusetzen.» (Die Frage wurde im Zusammenhang mit der Konzernverantwortungs-Initiative wieder laut.) Und betonte, «... je intensiver ein politisches Engagement wird, desto mehr ist man auf Gemeinschaft und Beratung angewiesen.» Der Beitrag schloss mit dem Hinweis, dass die EDU in ihren Ortsgruppen dazu Gelegenheit biete. Ein Beitrag widmete sich den Vorwürfen «antisemitisches und neonazistisches Engagement» an die Adresse des Präsidenten Dr. Max Wahl, was am 6. November zu dessen Abwahl und zum Ausschluss aus der Partei führte.

Weitere Schlagzeilen: «Verwirrung um ein Kamin» (KKW Kaiseraugst), S-Bahn Zürich, Bundesfinanzordnung 1994, «Heilung am inwendigen Menschen tut not» (Projekt Klinik SGM, Langenthal), «Engagierte junge Christen geben ihr Bestes» (Porträt Newlife).

In der Rubrik «**Staatsbildung**» wurde die Volksinitiative vorgestellt. Das «**Diskussions-Forum**» bot Raum für Fragen und Voten aus dem Leserkreis. Das **Interview** mit Prof. Dr. Dr. Arthur Ernest Wilder-Smith trug den Titel «Leben: eine Sache von Informationen – nicht von Zufall». Ein Kastentext zum Thema «**Familienplanung**» schloss mit dem Hinweis: «Deshalb arbeitet die EDU darauf hin, dass das christliche Gedankengut in der Schweiz erhalten bleibt.»

Die Rubrik «**Zum Bedenken**» widmete der Autor Alfred Stückelberger dem Thema «O Land, höre des Herrn Wort.» In der **Bücherecke** wurde das Buch «Bitte, lass mich leben» von Dr. Francis Schaeffer vorgestellt. Als Referenten eines **Christlichen Medienseminars** in Au-Wädenswil finden sich illustre Namen, etwa der langjährige Leiter von Campus für Christus, der damalige Chefredaktor von «Das Gelbe Heft», ein Sprecher der «Tagesschau» und ein heute noch bei einem christlichen Sender aktiver Moderator. (tf) ●



Verhüllungsverbot: warum Ja?

Berlin, Paris, Nizza und Wien, Lugano und Morges: Die Anschläge der letzten Zeit haben vielen vor Augen geführt, dass der politische Islam eine tickende Zeitbombe ist, die das friedliche Zusammenleben bedroht. Am 7. März ist ein klares Signal möglich.



Anian Liebrand, politischer Mitarbeiter EDU Schweiz

Spätestens seit der Messer-Attacke von Lugano muss uns klar sein: Ganz normale Menschen können heute auch in der Schweiz am helllichten Tag und in aller Öffentlichkeit völlig unerwartet den physischen Attacken radikalierter Islamisten zum Opfer fallen. Sei es, wie in Lugano, in einem Einkaufscenter – oder in einem Kebab-Laden, wie es in Morges letzten Herbst der Fall war. Zu hasserfühltem Töten bereite Verirrte, die «sich an der Schweiz rächen» wollen (O-Ton des Terroristen von Morges), leben offensichtlich mitten unter uns.

Ausdruck des politischen Islams

Das von Dschihad-Rückkehrern und radikalisierten Muslimen ausgehende Sicherheitsrisiko ist im Grunde längst bekannt. Erst letzten November gab der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) bekannt, dass zurzeit 49 in der Schweiz lebende Personen als «Gefährder» eingestuft werden. Das sind Personen, denen ein Terrorattentat jederzeit zugetraut werden muss. Seit 2012 hat der NDB zudem fast 700 Personen identifiziert, die in oder aus der Schweiz im Internet dschihadistisches Gedankengut verbreitet oder sich mit Gleichgesinnten im In- und Ausland ver-

netzt haben. Wie es dazu kommen konnte, dass die Messer-Attentäterin von Lugano den Behörden seit drei Jahren bekannt ist und die Bundesanwaltschaft trotz handfesten Hinweisen auf dschihadistische Verbindungen kein Strafverfahren eröffnet hat, muss nun lückenlos aufgeklärt werden.

In diesem aufgeheizten Spannungsfeld gelangt am 7. März die eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» zur Abstimmung. Genauso wie die Intoleranz gegenüber unserer Art zu leben und hasserfüllte Gewaltbereitschaft sind Burka und Niqab ein zentrales Merkmal des radikalen politischen Islams.

Einander das Gesicht zeigen

In der Vergangenheit kam es leider immer wieder zu «Saubannerzügen» von verummumten Vandalen und Chaoten. Die Ausschreitungen von verummumten Hooligans in Fussballstadions bleiben vielen in schmerzhafter Erinnerung. Auch hier schafft die Initiative Klarheit. Denn: In der Schweiz zeigen wir das Gesicht, wenn wir uns begegnen. Burka und Niqab sind frauenverachtend; sie und sonstige Gesichtsverummumungen haben bei uns nichts verloren. ●

Parolen der EDU: Ja, Nein, Ja

Aufgrund der Ausnahmesituation wurden diese Parolen erstmals online gefasst.

«Ja zum Verhüllungsverbot»: JA (66:1)

Die Volksinitiative, lanciert vom Egerkinger Komitee, fordert ein Verbot der Gesichtsverhüllung im öffentlichen Raum. Das Verbot richtet sich sowohl gegen die radikal-islamistisch (Burka, Niqab) als auch gegen die kriminell (Chaoten, Hooligans) motivierte Verhüllung.

E-ID-Gesetz: NEIN (57:8)

Das E-ID-Gesetz schafft die rechtlichen Grundlagen für eine staatlich anerkannte Schweizer E ID (elektronische Identität). Für die Gegner aus digital-affinen und vorwiegend linken Kreisen ist das vorgesehene Gesetz heikel. Die Herausgabe von Identitätsaus-

weisen müsse in staatlicher Verantwortung bleiben und gehöre unter demokratische Kontrolle.

Abkommen mit Indonesien: JA (41:17, 5 Enthaltungen)

Dieses Freihandelsabkommen verhilft der Schweiz zu vorteilhaftem Marktzugang, stärkt den Schutz geistigen Eigentums, beseitigt technische Handelshemmnisse, erleichtert den Dienstleistungshandel und erhöht die Investitionssicherheit. Die EDU CH hatte die Unterschriftensammlung für dieses Referendum unterstützt. Hauptkritikpunkte waren damals die Rahmenbedingungen der Palmölproduktion und die Konkurrenzierung der Schweizer Pflanzenölproduktion. Das Abkommen enthält ein Nachhaltigkeitskapitel mit Regeln, die Indonesien bisher mit keinem anderen Handelspartner eingegangen ist.

Digitale Identität: von Privaten statt vom Staat?

Am 7. März stimmen wir über das Bundesgesetz vom 27. September 2019 über elektronische Identifizierungsdienste (EID-Gesetz, BGEID) ab. Worum geht es?



a. Nationalrat Markus Wäfler

Das EID-Gesetz bezweckt die Förderung des sicheren elektronischen Geschäftsverkehrs unter Privaten und mit Behörden. Zur Erreichung dieses Ziels sollen die Aufgaben gemäss dem vorliegenden Gesetz zwischen Staat und Privatwirtschaft aufgeteilt werden.

Unfreiwillige Gewaltentrennung

Der Staat wird weiterhin seine Hauptaufgabe erfüllen: die amtliche Überprüfung und Bestätigung der Identität einer Person. Angesichts der Dynamik des technologischen Wandels wäre er jedoch nicht in der Lage, die technischen Trägermittel für die Identifizierung selber zu entwickeln und herzustellen. Die Privatwirtschaft ist näher an den Nutzerinnen und Nutzern und an den erforderlichen digitalen Technologien und kann diese Funktion besser erfüllen. Der Betrieb des E-ID-Systems sowie die Ausstellung der E-ID sind folglich Sache von privaten Anbieterinnen. Der Staat wird jedoch auch in diesem Bereich eine wichtige Rolle übernehmen, denn er wird die Anbieterinnen und die von ihnen eingerichteten Systeme einem strengen Anerkennungsverfahren unterziehen und regelmässige Kontrollen durchführen. So werden die Anforderungen an die Sicherheit und den Schutz der Daten überprüft und ständig an die neusten

Entwicklungen angepasst werden. Die gemeinsame Nutzung der Fähigkeiten von Staat und Privatwirtschaft bietet die optimalen Voraussetzungen für die Einführung und den Einsatz der EID.

Basis für viele weitere Nutzungen

Das EID-Gesetz enthält keine abschliessende Regelung für die Identifizierung im Internet. Es regelt lediglich die Ausstellung und Nutzung von E-ID. Mit einer E-ID («elektronische Identität») können sich natürliche Personen sicher und bequem bei privaten und öffentlichen Online-Portalen registrieren und später wieder anmelden. Die E-ID wird den Kontakt mit Behörden erleichtern, die zunehmend ihre Dienste auch über «virtuelle Schalter» anbieten. Die Nutzung von E-Government-Anwendungen könnte zukünftig vollständig elektronisch erfolgen. Im Bereich E-Health wird die E-ID in einem ersten Schritt ergänzend zu den bereits herausgegebenen Identifizierungsmitteln zum Einsatz kommen und diese mittelfristig wohl ablösen. Das Gesetz formuliert strenge datenschutzrechtliche Rahmenbedingungen und regelt den Zweck und die Voraussetzungen für die Bearbeitung und Weitergabe der Daten im Rahmen der Ausstellung und Nutzung der E-ID. Der Gesetzesentwurf berücksichtigt internationale sowie EU-Regelungen. Die schweizerische E-ID-Lösung ist von Beginn an so konzipiert, dass sie grundsätzlich auch mit der EU notifiziert werden könnte.

Kritik: Staat delegiert Kernkompetenz

Dieses EID-Gesetz kommt dank einem erfolgreichen Referendum des «Komitee E-ID-Referendum» aus Basel zur Abstimmung. Es wurde am 16. Januar 2020 mit 64 933 gültigen Unterschriften eingereicht. Die Hauptkritik des Komitees richtet sich gegen die Herausgabe der E-ID durch private Anbieter, welche die staatlichen Vorgaben erfüllen müssen. Das Referendumskomitee verlangt die Herausgabe der E-ID direkt durch staatliche Stellen. ●



... mich bringt Palmöl aus Indonesien nicht «auf die Palme»

Pro



a. Nationalrat Markus Wäfler

Trotz anfänglicher Skepsis überwiegen die Vorteile klar

Das umfassende Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation und Indonesien wurde am 16. Dezember 2018 in Jakarta unterzeichnet. Das Abkommen entspricht weitgehend den neueren Schweizer Freihandelsabkommen (FHA). Für die Schweiz als exportorientiertes Land mit weltweit diversifizierten Absatzmärkten sind der Abschluss und die Modernisierung von FHA mit Handelspartnern ausserhalb der EU ein wichtiges Instrument. Das umfassende Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Indonesien erweitert das Freihandelsnetz der Schweiz und soll Schweizer Unternehmen gegenüber ihren Konkurrenten aus anderen Staaten ohne FHA mit Indonesien einen Wettbewerbsvorteil verschaffen.

Dieses Freihandelsabkommen bringt ausgewogene Vorteile für beide Vertragspartner und dient auch den Interessen der Schweiz. Dies unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Schweizer Landwirtschaft wie auch den berechtigten Umwelt- und Sozialinteressen von Indonesien und dessen Bevölkerung.

Wer die nachhaltige Palmölproduktion in Indonesien fördern will, sollte dieses Freihandelsabkommen unterstützen. Wird es abgelehnt, schadet dies gerade auch der nachhaltigen Palmölproduktion in Indonesien.

Die Behauptungen des Referendumskomitees sind stark politisch-ideologisch geprägt. Die Vorteile des Freihandelsabkommens in Sachen Umweltschutz und Nachhaltigkeit werden vom Komitee als nichtig bewertet. Eine Ablehnung des EFTA-Freihandelsabkommens mit Indonesien verschlechtert jedoch die Ist-Situation in Indonesien bezüglich Umweltschutz und Nachhaltigkeit.

Schlussendlich sollten wir nicht vergessen: Überall, wo in der Schweiz heute Viehwirtschaft betrieben wird, wo Weizen, Mais, Gemüse, Obst oder Kartoffeln angebaut werden, stand vor mehreren Hundert Jahren Wald und Buschlandschaft! ●



Kontra



Mathias Stalder, Koordinator Referendum «Stop Palmöl»

Eine soziale und ökologische Katastrophe

Im Freihandelsabkommen (FHA) mit Indonesien sind erstmalig Nachhaltigkeitskapitel für Umwelt- und soziale Normen festgehalten. Es fehlen aber wirksame Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten und eine Gerichtsbarkeit, kritisiert eine Referendumsallianz von über 50 Organisationen.

Jedes Jahr brennen die Wälder und Torfmoore in Indonesien. Die Brandrodung ist die billigste Methode, um Platz für neue Palmölplantagen zu schaffen. Im Jahr 2019 wurden 300 000 Hektar Naturlandschaft zerstört, eine Fläche grösser als der Kanton Tessin. Indonesien reiht sich damit zu den grössten CO₂-Verursachern der Welt.

Über 1 Million Hektar an artenreichen Regen- und Torfwälder verschwinden pro Jahr unwiederbringlich – alle 25 Sekunden ein Fussballfeld, vorwiegend für die Palmöl- und Papierindustrie. 17 Millionen Hektar Palmölmonokulturen bedecken bereits 10 % der Landesfläche Indonesiens – eine Fläche viermal so gross wie die Schweiz. Das RSPO-Label (Roundtable on Sustainable Palm Oil) dient als Importgrundlage im FHA mit Indonesien. Greenpeace und viele weitere NGOs setzen das Label gar mit dem konventionellen Anbau gleich. Palmölmonokulturen sind nicht nachhaltig. Prekäre und ungeschützte Arbeitsverhältnisse und Kinderarbeit sind vielfach dokumentiert. Ungeschütztes Ausbringen von Pestiziden ist weitverbreitet.

Am 5. Oktober 2020 verabschiedete das indonesische Parlament das Omnibus-Gesetz mit weitreichenden Deregulierungen beim Arbeits- und Umweltrecht. Landesweite Proteste forderten die Rücknahme, womit viele katastrophale Megaprojekte nun umgesetzt werden können.

Das billige Palmöl bedroht schon heute unsere einheimische Ölsaatenproduktion wie Raps- und Sonnenblumenöl. Mit diesem Freihandelsabkommen wird die Nachfrage nach billigem Palmöl weiter angeheizt – und dies auf Kosten gesunder und nachhaltiger Alternativen aus lokaler Produktion. ●

Tragen wir Sorge zur direkten Demokratie!

China wird aktuell um seine Handlungsfähigkeit rund um Corona benedigt, insbesondere betreffend die Digitalisierungs- und Überwachungsmöglichkeiten. Dabei dürfte gerade das schweizerische System ein Grund für unser Wohlergehen und unsere Zufriedenheit sein.



Lisa Leisi,
Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Bei der Unterschriftensammlung für ein Referendum sprach ich einen Herrn an. Er, ein Deutscher, bedauerte, dass er noch nicht Schweizer sei und unterschreiben könne. Er zeigte sich äusserst dankbar, dass er «in diesem wunderbaren Land» mit seinen einzigartigen demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten leben dürfe. «In Deutschland ist man nur noch ein Sklave», bemerkte er beim Abschiednehmen.

Auf die Sichtweise kommt es an

Und wir Schweizerinnen und Schweizer? Für uns sind die Rechte der Direkten Demokratie oft eine Last, weil Abstimmungen voraussetzen, dass man sich mit den Themen auseinandersetzt. Es gibt Behauptungen, die direkte Demokratie stelle eine Überforderung der Bürger dar. Dabei braucht es gerade die Macht des Volkes und die Gewaltenteilung, damit den Volksvertretern die Macht weniger in den Kopf steigt! Wir müssen darüber wachen, dass die Bundesräte, National- und Ständeräte bis hinunter zu den Gemeinderäten sowie die Richter sich immer wieder bewusstwerden, wem sie verpflichtet sind und dienen sollen: dem Wohl der eigenen Bevölkerung.

Was schadet dem Volk?

Da sind einmal Volksentscheide, die nicht richtig umgesetzt werden und in deren Folge die Bürger das Vertrauen in die Politik verlieren. Ebenso, wenn die Verfassung umgedeutet oder missachtet wird. Weiter ist es verheerend, wenn sich das Volk ausgeliefert fühlt, weil wichtige Entscheidungen und Verträge nicht zur Abstimmung gelangen, oder wenn im Vorherein mit Druck und/oder Angstmacherei versucht wird, das «richtige» Resultat herbeizuführen. Auch schadet es, wenn die Medien zu Handlangern der «richtigen» Meinung werden, Unerwünschtes zensieren oder in abschätzigem Stil darüber berichten. Richtiggehend schädlich ist zudem die gegenwärtige Bevormundung zur Krisenbewältigung, wenn sie zu lange dauert, dabei viel

zu wenig verschiedene Meinungen öffentlich diskutiert werden und wir uns an diese Situation gewöhnen. Es gibt von linksgrüner Seite Bestrebungen, entsprechende Einschränkungen für ihr Ziel zur Rettung des Klimas anzuwenden.

... und was dient uns?

Für die Zukunft unserer Direkten Demokratie sind die gegenseitige Wertschätzung, der freie Austausch verschiedenster Argumente und Meinungen sowie Ehrlichkeit unverzichtbar. Diese Eckwerte sollen deshalb wieder gefördert werden. Auch wollen wir bei allen für die Entwicklung der Schweiz wichtigen Fragen mitbestimmen können. Gruppierungen, welche meinen, ihre «Wahrheiten» würden zur Durchsetzung ihrer eigenen Ansichten berechtigen, müssen wir als Gefahr erkennen und dagegenhalten. Lassen wir uns nicht unnötig einschränken und wachen wir über unsere Rechte und Freiheiten! Wer Freiheiten für mehr Sicherheit opfert, wird am Ende beides verlieren, hat schon Benjamin Franklin erkannt. ●





«Ja zu Ehe und Familie, Nein zur «Ehe für alle!»»

Mit der Publikation im Bundesblatt am 31. Dezember (!) letzten Jahres ging alles sehr schnell. Die Unterschriftenbogen lagen bereits in der zweiten Januarwoche vor. Warum verdient das Referendum gegen «Ehe für alle» breite Unterstützung? Ein Gespräch mit dem Parteipräsidenten der EDU Schweiz.

Interview: Thomas Feuz

Daniel Frischknecht: Welche Bedeutung hat Familie für Sie?

Beim Begriff Familie muss ich zuerst einmal unterscheiden zwischen Herkunftsfamilie, d. h. die Familie, in der ich aufgewachsen bin. Dort liegen die Schwerpunkte stark auf Abhängigkeit, Identität, Entwicklung und Zugehörigkeit, dort bin ich ein Teil von ihr.

Die Kernfamilie, also die Familie, die ich gegründet habe, besteht aus meiner Ergänzung (komplementär) und der hervorgegangenen Frucht, sprich der Kinder. Dort liegen die Schwerpunkte mehr auf Liebe, Verantwortung, Erziehung und Förderung. Deshalb hat für mich Familie je nach Kontext eine andere Bedeutung.

Was bedeutet Ihnen Ihre Familie konkret?

Die Bedeutung eines Begriffes ist ja auf der einen Seite die Wichtigkeit und auf der anderen Seite der Sinn des Wortes. Aus dieser Perspektive ist meine eigene Familie neben Gott das Zweitwichtigste in meinem Leben. Den Sinn der Familie sehe ich im hohen Entwicklungspotenzial aller Beteiligten. Grundlage dafür ist aber Vertrauen. Ich war sehr erstaunt, als ich mit Anfang Dreissig in Südamerika das Wort für «vertraut» hörte: familiar. Ich denke heute, dass sich eine Familie nicht zuletzt am Ausmass des gegenseitigen Vertrauens messen lässt.

Nicht alle haben das Vorrecht, in einer intakten Familie aufzuwachsen...

Dem kann ich nur beipflichten, da ich selber durch die Alkoholsucht meines Vaters in einer «broken-home»-Familie aufwuchs. Der nicht vorhandene vertraute Rahmen und die permanente Angst vor dem, was als nächstes kommt, hatte tiefe Spuren in meiner Seele hinterlassen. Das führte schon sehr früh zu einem Heimaufenthalt. Ebenfalls früh versuchte ich dann, meiner Ohnmacht und Hilflosigkeit mit Alkohol und später mit Drogen zu entfliehen. Gerade Heroin vermittelt ja ein tiefes Gefühl von Wärme und Geborgenheit. Erst durch die Begegnung mit Gott und die anschliessende Drogentherapie konnte sich im geschützten Rahmen in mir Vertrauen bilden und entwickeln. Das hatte für mich zu erstaunlichen Ergebnissen geführt.

«Familie» wird heute sehr unterschiedlich definiert. Warum?

Ich denke, unsere Gesellschaft leidet heute sehr stark unter der weit verbreiteten Gottlosigkeit. Daraus entstehen Egozentrik, Egoismus, übersteigerter Individualismus und eine Fixierung auf Selbstverwirklichung. Trotz dem Ausleben dieser Bestrebungen will man nicht auf Familie verzichten. Was dabei herauskommt, sind Entartungen der Familie. Die neuen Formen von

«... IN SÜDAMERIKA HEISST VERTRAUT <FAMILIAR>»

«Familie» tragen nicht mehr das Wesen in sich, für das sie eigentlich bestimmt ist. Familie wird so zunehmend zu einer mehr oder weniger organisierten Wohngemeinschaft. Die Bindungsfähigkeit nimmt ab und die Scheidungsrate zu.

Auch die «Ehe für alle» trägt letztlich den Ausdruck einer Sehnsucht in sich. Ihre Kritik an der Ausweitung des Ehebegriffs?

Die Ehe ist grundsätzlich die Verbindung von Mann und Frau. Dies hat der Architekt des Lebens so vorgesehen, denn nur aus dieser Verbindung ist es auf natürlichem Wege möglich, neues Leben zu zeugen. Sonst wäre das Projekt Menschheit gescheitert. Wer nun gegen diese Grundvoraussetzung rebellierte, sucht nach einem neuen Weg, um seine natürliche Sehnsucht trotzdem zu befriedigen. Dies führt zu entarteten, unethischen und unnatürlichen Handlungen, um letztlich einen egoistischen Wunsch trotzdem zu erfüllen.

Die EDU hat das Referendum gegen die «Ehe für alle» angekündigt. Warum?

Unsere Bundesregierung wie auch das Bundesparlament haben völlig versagt, indem sie unsere Verfassung missachteten, nur um taktisch nicht am Ständemehr zu scheitern. Sie haben ihre politische Agenda mit den entsprechenden Ideologien über die Verfassung und das Volk gestellt.

Zweitens soll die Ehe aus den oben erwähnten Gründen (natürliche Reproduktion) exklusiv zwischen Mann und Frau bestehen.

Drittens soll der Kinderwunsch von lesbischen Paaren nicht durch die Fortpflanzungsmedizin erfüllt werden. Kinder zu haben ist ein Geschenk, kein Anspruch. Kinder sind keine Handelsware!

Und viertens: damit nicht anschliessend die fast schon logische Forderung nach einer Leihmutter für schwule Paare folgt – unter dem Aspekt der «Nicht-Diskriminierung». So würden Frauen zur bezahlten «Gebärmutter».

Für Sie als neuer Präsident der EDU ist dies die erste grosse Herausforderung. Wie fühlen Sie sich insgesamt?

Ich, respektive wir fühlen uns herausgefordert. Es ist nicht einfach, so eben mal über 50 000 Unterschriften zu sammeln, vor allem jetzt unter den erschwerten Corona-Bedingungen. Das Unterschriftensammeln auf der Strasse ist beinahe unmöglich. Trotzdem sind wir motiviert und zuversichtlich.

Welche Herausforderungen aus EDU-Sicht stehen als nächste an?

Das Referendum ist ja nur die erste Etappe auf dem Weg zum Ziel, die zweite wird dann der Abstimmungskampf sein. Aber der Erfolg über das Erreichen des Referendums wird uns dann nochmals einen Motivationsschub verleihen. Ich persönlich freue mich auf die anstehenden Herausforderungen. Und wir sind ja nicht allein!

... Halt gibt Ihnen auch die Familie?!

Ja, auf jeden Fall. Ohne meine Familie könnte ich vermutlich nur die Hälfte leisten und wäre trotzdem weniger ausgeglichen. Ich habe ja auch noch einen Beruf mit entsprechenden Herausforderungen.

Darum bin ich froh, dass es neben allen Verpflichtungen auch noch die «Kür» der Familie gibt. Sie verhilft mir zu einer Ausgeglichenheit – oder Neudeutsch «balance». Die Familie ist für mich der sichere Hafen, Ausdruck der Geborgenheit und der Ort, wo ich abschalten und meine Gedanken wieder auf andere Dinge richten kann.

Vielen Dank für das Gespräch!

Ja zu Ehe und Familie

NEIN zur «Ehe für alle»



Ja zum Kindeswohl: Kinder haben das Recht, ihre genetische Abstammung zu kennen und bei Vater und Mutter aufzuwachsen.

Bitte unterschreiben Sie das Referendum, damit die Schweizerinnen und Schweizer über diese wichtige Frage abstimmen können. Herzlichen Dank!

Das überparteiliche Referendumskomitee:
Jean-Luc Alder, 1965 Saviese, Nationalrat SVP VS; Andreas Brümminmann, 3132 Niggelsberg, alt Nationalrat EDU BE; Marco Chiesa, 6977 Ruvigliana, Ständerat SVP TI; Marcel Dettling, 8843 Oberberg, Nationalrat SVP SZ; Daniel Frischknecht, 8590 Romanello, Präsident EDU Schweiz / Fraktionspräsident EDU TG; Andreas Gafner, 3765 Oberwil im Simmental, Nationalrat EDU BE; Andres Geissbühler, 3323 Bäretswil, Nationalrätin SVP BE; Andreas Glarner, 2966 Oberwil-Lieli, Nationalrat SVP AG; Martin Haab, 8932 Mettmenstetten, Nationalrat SVP ZH; Verena Herzog, 8550 Frauenfeld, Nationalrätin SVP TG; Alois Huber, 6103 Wildegg, Nationalrat SVP AG; Piero Marchesi, 6998 Monteggio, Nationalrat SVP TI; Yves Nidegger, 1206 Genève, Nationalrat SVP GE; Benjamin Rodat, 1913 Sallion, Nationalrat CVP VS; Marco Romano, 5550 Mendrisio, Nationalrat CVP TI; Monika Rüegger, 6390 Engelberg, Nationalrätin SVP OW; Therese Schläpfer, 8523 Hagenbuch, Nationalrätin SVP ZH; Ulrich Schlier, 8416 Fläsch, Dr./alt Nationalrat SVP ZH; Verleger «Schweizerzeitung» Manuel Strupler, 8570 Weinfelden, Nationalrat SVP TG; Erich von Siebenthal, 3780 Gstaad, Nationalrat SVP BE; Christian Weber, 3432 Litzelfeld, alt Nationalrat EDU BE; Markus Wäfler, 8162 Steinmaur, alt Nationalrat EDU ZH; David Zuberbühler, 9100 Herisau, Nationalrat SVP AR.

♦ ♦ ♦ Bitte unterschreiben, hier abtrennen und umgehend in den nächsten Briefkasten werfen. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung! ♦ ♦ ♦

Referendum: jetzt unterschreiben!

Nebst rund zwanzig überparteilichen Komiteemitgliedern unterstützen auch diverse Werteorientierte Organisationen das Referendum. Der Unterschriftenbogen kann unter www.ehefueralle-nein.ch heruntergeladen werden.

Danke für Ihre Unterstützung!

Intakte Umwelt – gesunde Lebensmittel

Das neue Jahr ist noch jung, die Vegetation steht noch still – und doch steht die Landwirtschaft im Fokus der Politik. Als praktizierender Landwirt ist die Agrarpolitik eines meiner Kernanliegen. Ich lade Sie zu einer kleinen «Tour d'horizon» ein.

Nationalrat Andreas Gafner



Im Juni stimmen wir über zwei Agrar-Initiativen ab, die im Falle einer Annahme grössere Konsequenzen für Produzenten, aber auch für Konsumenten haben würden.

Bessere Qualität der Ökoflächen

Die Trinkwasser-Initiative (TWI) klingt auf den ersten Blick sehr gut, ist jedoch brandgefährlich. Sie verlangt nämlich, dass Produzenten, die Pestizide einsetzen, Futter für ihre Tiere zukaufen und prophylaktisch Antibiotika einsetzen, in Zukunft keine Direktzahlungen mehr erhalten sollen. Die Schweizer Landwirtschaft verdient nach wie vor 4 von 5 Franken durch die Produktion von Lebensmitteln und stellt damit den wichtigsten Bestandteil der Versorgungssicherheit der Bevölkerung dar. Die Direktzahlungen sind jedoch für die meisten Betriebe unverzichtbar, da ein grosser Aufwand an Landschaft- und Kulturpflege geleistet wird. Dazu muss man wissen, dass die Schweizer Landwirtschaft den Einsatz der synthetischen Pflanzenschutzmittel seit 2010 um 37 % reduziert hat. Auch der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung sank erheblich und sinkt glücklicherweise immer noch. Mit einer grossen

Registrierungsplattform wird der Einsatz überwacht. Ebenfalls wissen muss man, dass heute bereits die Hälfte aller eingesetzten Pflanzenschutzmittel natürlichen Ursprungs ist und auch im Biolandbau zugelassen sind. Die Landwirtschaft hat den geforderten Mindestanteil an ökologischer Ausgleichsfläche von 7 % seit Langem übertroffen und steht heute mit 16 % ausgewiesener Biodiversität-Fläche sehr gut da. Mit Anreizsystemen wird nach wie vor die Qualität der Ökoflächen gefördert.

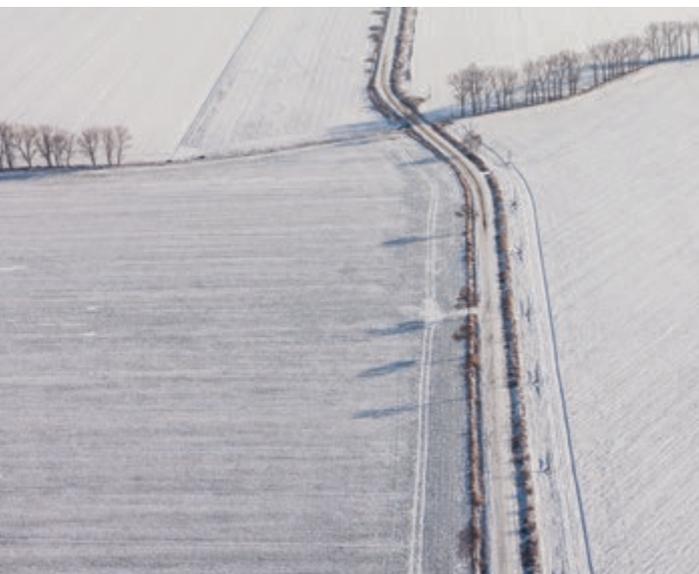
Bio würde stark tangiert

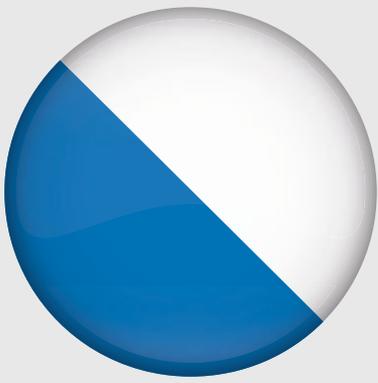
Die Pestizid-Verbots-Initiative verlangt ein komplettes Verbot von synthetischen Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, in der Boden- und Landschaftspflege und in der Einfuhr oder Herstellung von Lebensmitteln. Die Umsetzung müsste innert zehn Jahren geschehen. Welche Folgen hätte denn nun eine Annahme? Würde die TWI angenommen, würde die inländische Produktion markant sinken: Der gänzliche Verzicht von Pestiziden und Futterzukauf würde sich rasch auf die Produktion auswirken. Es bestünde das Risiko, dass Betriebe auf Direktzahlungen verzichten und dadurch den ökologischen Leistungsnachweis nicht mehr erfüllen würden – mit dem Resultat, dass dadurch die Umweltbelastung nicht zurückgeht, sondern eher noch zunimmt.

Beim Pestizidverbot würde auch der Biolandbau schwer in Mitleidenschaft gezogen, denn Produkte wie Kupfersalze, Schwefel, Kaliumbicarbonat und Kaliseife wären nicht mehr zugelassen. Die inländische Produktion würde auch hier erheblich sinken, was einen erhöhten Lebensmittelimport zur Folge hätte. Pestizidfreie Lebensmittel in erforderlicher Menge zu importieren, ist wohl utopisch. Die Preise für die Konsumenten würden erheblich steigen; den Nachweis «pestizidfrei» für importierte Ware zu erbringen, wäre für die Importeure wohl ein Ding der Unmöglichkeit.

Mehr Belastung statt Schutz?

Mehrere Studien von Agroscope («gutes Essen, gesunde Umwelt») und der HAFL (Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften) kommen zum Schluss, dass die Annahme der beiden Initiativen schädliche Folgen für die Landwirtschaft, für die Umwelt selber und die Ernährungssicherheit haben würde. Damit ginge die Umweltbelastung nicht zurück, sondern würde absurderweise sogar noch zunehmen. ●





KANTON ZÜRICH

Wort des Präsidenten



Hans Egli
EDU-Kantonsrat und
Parteipräsident, Steinmaur

Ich habe für die EDU folgende Losung gezogen:

«FREUET EUCH UND SEID
FRÖHLICH IMMERDAR
ÜBER DAS, WAS ICH
SCHAFFE.»

JESAJA 65,18

Als Christen haben wir das Privileg, nicht nur Informationen von Medien zu konsumieren, die viel zu viel Negatives berichten. Wir haben die Bibel, das Wort Gottes, die frohe Botschaft, die uns aufbaut, führt und stärkt. Wir als EDU wollen uns auch im 2021 von Gott führen lassen und wo immer passend, auf die Allmacht Gottes, seine Liebe und die christlichen Werte hinweisen. Ich wünsche Ihnen allen ein reich gesegnetes neues Jahr 2021. Der Herr ist mit uns in allen Herausforderungen. Ja, er wird dieses Jahr Dinge schaffen, über die wir uns gemeinsam mit Ihnen freuen werden. ●

«ERZÜRNE DICH NICHT ÜBER DIE BÖSEN,
UND SEI NICHT NEIDISCH AUF DIE ÜBELTÄTER! DENN SIE
WERDEN SCHNELL VERDORREN WIE DAS GRAS UND
VERWELKEN WIE DAS GRÜNE KRAUT. VERTRAUE AUF DEN
HERRN UND TUE GUTES»

PSALM 37,1-3A

Mein Standpunkt



Fabian Winiger
Präsident EDU Bezirk Hinwil

Ich hasse Lüge und Ungerechtigkeit. Darum werde ich sehr schnell zornig, wenn zum Beispiel einflussreiche Menschen Unwahrheiten verbreiten, die kaum hinterfragt werden. Gott möchte aber nicht meinen Zorn, sondern mein Vertrauen und dass ich das Gute tue – das fällt mir zugegebenermassen schwer. Gott selbst sorgt dafür, dass die Bösen verdorren wie das Gras. Tatsächlich habe ich schon oft erlebt, dass diese Typen «abberufen» wurden und der Weg für den Segen Gottes frei wurde. ●

Klare rechtliche Grundlage für Sozialdetektive

Die Änderung des Sozialhilfegesetzes will die Observation von Sozialhilfebezüglern durch Sozialdetektive auf eine klare rechtliche Grundlage stellen, weil es laut EMRK bisher keine solche gibt. Neu würden die Observationen von den Sozialhilfeorganen in Auftrag gegeben, müssten aber vom Bezirksrat genehmigt werden.



Hans Egli
EDU-Kantonsrat, Steinmaur

In den Gemeinden hatten die Sozialbehörden die Möglichkeit, bei Verdacht auf Sozialhilfebetrug Sozialdetektive beizuziehen. Nachdem die EMRK in Strassburg die rechtliche Grundlage bemängelt hat, wollte die bürgerliche Minderheit die rechtliche Grundlage schaffen. Die Frage stellt sich in der Tat: Braucht es überhaupt Sozialdetektive, die mit technischen Hilfsmitteln Observationen durchführen dürfen? Die EDU ist überzeugt: Es gibt Handlungsbedarf. Wir brauchen eine griffige gesetzliche Regelung. Sozialdetektive sind keine Sonderpolizei, sondern Sozialdetektive handeln im öffentlichen Interesse, um Sozialhilfemissbrauch zu verhindern und aufzudecken. Koni Loepfe, der ehemalige Präsident der SP der Stadt Zürich, sagte: «Die Behörden unterschätzen die



kriminelle Energie Einzelner, die das Sozialamt um hunderttausende von Franken betrügen. Gegen sie muss man gezielt vorgehen. Von den knapp 100 Überwachungen pro Jahr werden bei zwei Dritteln der Verdachtsfälle Sozialhilfebetrug festgestellt.» Die vergangene Praxis belegt: Es gibt Handlungsbedarf, das Vorgehen ist gut aufgeleitet und funktioniert, Missbrauchsfälle konnten eruiert werden. Das zeigt, es gibt keinen Generalverdacht gegen Sozialhilfeempfänger und es wird nicht breit recherchiert oder überwacht, sondern es ist ein sehr gezieltes Vorgehen.

Die Sozialbehörde kann einschätzen, ob eine Person nicht lauter ist, sondern sich ohne Skrupel bereichert. Das neue Gesetz regelt nun, dass die Sozialbehörde eine Opservation in Auftrag geben kann, wenn sie vom Bezirksrat bewilligt wird.

Die Delegierten der EDU unterstützen die Gesetzesänderung für klare rechtliche Grundlagen für Sozialdetektive mit 22 Ja zu 4 Nein bei 1 Enthaltung. ●

Gesetzeslücke schliessen, künftige Finanztricks vermeiden!



Erich Vontobel
EDU-Kantonsrat, Wolfhausen

In Zukunft sollen Stimmbürger im Kanton Zürich bereits gegen Ausgaben ab 4 Millionen Franken und mehr das Referendum ergreifen können. Bisher lag die Grenze bei 6 Millionen Franken. Damit die Stimmbürger dies tun können, braucht es unter anderem die Verfassungsänderung, über die wir abstimmen.

Der Auslöser für diese Änderung war, dass es der Kantonsrat 2016 abgelehnt hatte, die Einführung des elektronischen Patientendossiers mit 3,7 Millionen Franken aus dem Lotteriefonds zu unterstützen. Das hinderte den verantwortlichen Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) aber nicht daran, dennoch zu seinem Ziel zu kommen. Er deklarierte diese Kosten kurzum als gebundene Ausgaben (was einem Freipass gleichkommt), worauf das Geld am Parlament vorbei aus der Staatskasse genommen werden konnte. Ein Rekurs beim Verwaltungsgericht konnte dies



Bei Polizeimeldungen die Nationalität angeben

Am 7. März 2021 wird im Kanton Zürich auch darüber abgestimmt, ob in Polizeimeldungen die Nationalitäten von Personen genannt werden müssen oder nicht. Zur Abstimmung gelangen sowohl die kantonale Volksinitiative «Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben» als auch der von Regierungsrat und Kantonsrat befürwortete Gegenvorschlag.



Thomas Lamprecht
EDU-Kantonsrat, Bassersdorf

Als der damalige Zürcher Polizeivorsteher Richard Wolff (Alternative Liste) vor gut zwei Jahren bekanntgab, dass die Stadtpolizei in ihren Medienmitteilungen die Nationalität von Straftätern nicht mehr nennen werde, sorgte das für einige Unruhe im Kanton. Die SVP sprach von «stalinistischer Zensur», und selbst der SP-Sicherheitsdirektor Mario Fehr machte sich für eine schweizweit einheitliche Lösung stark, nach der die Herkunft von Tätern von der Polizei genannt werden soll, so wie es die Kantonspolizei praktiziert. Daraufhin lancierte die SVP erfolgreich ihre Volksinitiative. Diese verlangt, dass die Polizei in ihren Meldungen die Nationalitäten betroffener Personen nennt und auf Anfrage Auskunft zu deren Migrationshintergrund gibt. Das geht dem Kantonsrat zu weit, weswegen er die Initiative ablehnt. Der Gegenvorschlag des Kantonsrates verzichtet auf die Angabe eines Migrationshintergrundes und sieht lediglich die Nennung der Staatsangehörigkeit vor. Die beiden grössten Polizeikorps im Kanton Zürich handhaben die Nennung der

Nationalität derzeit unterschiedlich. Die Kantonspolizei nennt diese in der Regel in ihren Mitteilungen. Die Stadtpolizei Zürich hingegen gibt sie nur noch auf Anfrage bekannt.

Begründung für ein Ja zur Volksinitiative

Für die Bekanntgabe der Nationalität besteht ein klares öffentliches Interesse, da die Bevölkerung ein Recht hat, umfassend und transparent über die öffentliche Sicherheit informiert zu sein. Die Statistiken belegen, dass bei Straftaten Täter aus bestimmten Ländern überproportional vertreten sind. Die Bevölkerung hat ein Anrecht zu wissen, aus welchen Ländern die Leute kommen, welche hier die Sicherheit beeinträchtigen und so Mehrkosten von Polizei, Justiz und des Strafvollzugs nötig machen. Die Delegierten empfehlen mit 26 zu 1, sowohl der Volksinitiative wie auch dem Gegenvorschlag zuzustimmen (2x Ja) und bei der Stichfrage die Initiative anzukreuzen. ●

nicht rückgängig machen. Das Gericht kam zum Schluss, dass Bürger gemäss Verfassung erst ab einem Betrag von 6 Millionen Franken gebundener Ausgaben das Finanzreferendum ergreifen können. Die Rekurrenten liessen nicht locker und reichten darauf im Kantonsrat eine Parlamentarische Initiative (PI) ein, die solches Verhalten der Regierung künftig verhindern sollte. Die PI hatte Erfolg und kam in die Finanzkommission, welche dem Kantonsrat eine mehrheitsfähige Vorlage unterbreitete. Am 17.08.2020 kam die Vorlage mit 82 Ja (SVP/EDU, SP, GLP) zu

60 Nein bei 0 Enthaltungen durch. Deshalb können wir nun über diese Sache abstimmen. Mit den Anpassungen in der Verfassung und dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung wird eine Gesetzeslücke geschlossen, die dem Regierungsrat zwar (berechtigterweise) etwas mehr Ausgabenkompetenz für ungebundene Ausgaben zugesteht, ihm aber die Möglichkeit für künftige Alleingänge via Trick der gebundenen Ausgaben entzieht. Die EDU-Delegierten haben mit 25 zu 2 Stimmen der Verfassungsänderung zugestimmt. ●

VERSCHOBEN

DAS NEUE DATUM WIRD BEKANNT GEGEBEN,
SOBALD DIE CORONA-MASSNAHMEN DIE
DURCHFÜHRUNG VOR ORT WIEDER ZULASSEN.

PARTEITAG

12.3.2021
CEVI-Zentrum, Glockenhof, Sihlstrasse 33, Zürich

Gratulationen

«EUER HERZ SOLL SICH FREUEN, UND EURE FREUDE SOLL NIEMAND
VON EUCH NEHMEN.» JOH. 16,22

Die EDU gratuliert den Parteimitgliedern, die im Februar 2021 einen runden Geburtstag feiern.

Ulrich Honegger, Rüti • Ernst Weiss, Wetzikon • Cornelia Wolf, Hombrechtikon

Gebetstreffen

Bülach: jeweils 2.+4. Montag des Monats, 20 Uhr:
8. und 22. Febr. sowie 8. und 22. März
Gemeinde für Christus (GfC), UG,
Schaffhauserstr. 4, 8180 Bülach
Info: Markus Wäfler, 044 856 01 93

Gossau: jeden Mittwoch, 19.30 Uhr
(auch andere Abende möglich, ausser Montag)
Im Zentrum 12, 8625 Gossau
Info: Sven u. Erika Schelling, 043 928 01 57

Männedorf: jeweils am Mittwoch von 9–10 Uhr
in den geraden Kalenderwochen:
10. und 24. Febr. sowie 10. und 24. März
Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf
Info: Margrit Vetter, 044 920 45 43

Richterswil: jeweils am 2. Freitag des Monats um 20 Uhr:
12. Febr., 5. März, 9. April
Glärnischstr. 6, 8805 Richterswil
Info: Sonja Denzler, 044 784 30 23

Rüti: jeweils am 1. Montag des Monats um 20 Uhr:
1. Febr., 1. März
ETG (Evangelische Täufergemeinde) Rüti,
Weinbergstrasse 22, 8630 Rüti
sekretariat-rueti-duernten@edu-zh.ch
Info: Albin Müller, 078 773 61 63

Uster: jeweils am letzten Donnerstag des Monats
18 Uhr: 25. Febr., 25. März, 29. April
Gebetshaus, Buchaldenweg 11, Uster
Info: Conny Brizza, 078 860 60 16

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch des Monats von
18.30–19 Uhr: 10. Febr., 10. März, 14. April
Raum der Stille, Cevi-Zentrum Glockenhof,
Sihlstr. 33, Zürich
Info: Achim Witzig, 044 322 61 46

Finanzen

«Das Volk freute sich über ihr freiwilliges Geben;
denn sie gaben es dem HERRN von ganzem Herzen,
freiwillig.»

1Chro 29,9

Ja, wir freuen uns und danken Gott für die Freigebigkeit unserer Mitglieder und Freunde. Grosszügig und von Herzen haben Sie mit vollen Händen die Arbeit der EDU unterstützt. Gott hat die EDU ins Leben gerufen und beauftragt. Jahr für Jahr segnet Er die EDU-Arbeit durch Fürbitter, Spender und Mitarbeiter. Es ist unser Gebet, dass Sie vielfältig erstattet kriegen, was Sie in die EDU investieren.

Martin Lobsiger, Leiter Finanzen

Allgemeine Spenden werden zwischen der EDU Schweiz und der EDU Kanton Zürich aufgeteilt. Projekte der EDU Zürich unterstützen Sie direkt über das Postkonto 80-37173-6.

Ihre Spenden an die EDU sind vom steuerbaren Einkommen abzugsberechtigt; Ehepaare bis Fr. 20'000, alle anderen bis Fr. 10'000.

Die Spendenbescheinigung für Ihre Steuererklärung erhalten Sie im Februar des Folgejahres. Haben Sie Fragen? Kontaktieren Sie den Kassier der EDU Kanton Zürich, Martin Lobsiger: 044 860 06 33; martin.lobsiger@edu-zh.ch.

Impressum

EDU Kanton Zürich

Bürglistrasse 31, Postfach 248, 8408 Winterthur
052 222 42 61, info@edu-zh.ch

Spendenkonto

IBAN: CH35 0900 0000 8003 7173 6, Postkonto: 80-37173-6

Redaktion Daniel Suter, Beatrice Zurflüh
Gestaltung Lukas Frey

Rettungsanker in sandigem Grund?

Die Impfkampagne gegen COVID-19 ist lanciert. Viele beobachten die Entwicklung mit Erstaunen und einiger Besorgnis. «Wo sind die kritischen Stimmen? Wo bleiben die Warnungen angesichts einer globalen Impfkation, welche der sonst üblichen wissenschaftlichen Evidenz entbehrt?», so der Zwischenruf eines Allgemeinpraktikers und früheren EDU-Grossrats.

Dr. med. Daniel F. Beutler

Die allgemein aufgeheizte Stimmung führt dazu, dass aus Kritikern der Massnahmen gegen das Coronavirus umgehend «Coronaleugner» und Impfgegner werden. Ich bin weder ein Leugner, noch ein Skeptiker. Wie sollte ich auch, betreue ich doch selber in meiner Hausarztpraxis eine Handvoll junge, bis anhin gesunde Menschen, welche an den Langzeitfolgen einer COVID-Infektion leiden. Ich bin auch kein Impfgegner; meine Kinder haben «das volle Programm» erhalten. Und trotzdem bleiben für mich einige Fragen offen.

(Langzeit-)Folgen kaum erforscht

Viele Ärztinnen und Ärzte meldeten sich in diesen Tagen als freiwillige Helfer für Impfzentren, wo in den nächsten Monaten unzählige Dosen einer Impfung in Umlauf gebracht werden, die ungenügend erforscht ist, deren Zulassung unter grossem Druck vorangetrieben wurde und für deren Langzeitfolgen keinerlei Daten existieren. Trotz rund zehnjähriger Forschung gelangte bis heute kein einziger mRNA-Impfkandidat in die klinischen Phasen.

Die Impfung schützt offenbar vor einer COVID-Infektion. Aber der Nachweis der sogenannten sterilen Immunität, das heisst dass Geimpfte das Virus nicht an Dritte weitergeben, wurde bis heute nicht erbracht. Das ist bedenklich, insbesondere dann, wenn Bundespolitiker laut über



Einschränkungen für Ungeimpfte nachdenken. Das Funktionsprinzip der mRNA-Impfung wirft Fragen auf. In Fettpartikel eingepackte Boten-RNA wird in Körperzellen eingebracht, damit diese Zellen Virusproteine herstellen, gegen die dann derselbe Organismus Antikörper bilden soll. Ist es zu suggestiv, wenn man diesen Vorgang als «Autoimmunprozess» bezeichnet?

Im Rahmen eines Nachdiplomkurses über Ethik im Gesundheitswesen habe ich mich eingehend mit der Erforschung pluripotenter embryonaler Stammzellen befasst. All den medizinischen Begrenzlichkeiten, die mit der Möglichkeit der Neubildung von geschädigtem Gewebe verknüpft sind, konnte bis heute nicht entsprochen werden. Weil die genetischen Regulationsmechanismen zu wenig bekannt sind, fehlen Rezepte zur Wachstumskontrolle der embryonalen Zellen und es entstehen sehr oft bösartige Tumore anstelle des erhofften Reparaturgewebes.

Ein gigantisches Geschäft

Wie ist der Wissensstand über die Regulation unseres Immunsystems? Könnte es sein, dass unser Körper über bisher nicht bekannte Mechanismen verfügt, um den oben beschriebenen «Autoimmunprozess» in irgendeiner Weise zu beeinflussen? Ich weiss es nicht und auch sonst weiss es niemand! Hingegen ist bekannt, dass sehr viel Geld in die Impfforschung investiert wurde und sich wohl noch nie in der Geschichte der Medizinindustrie ein derart gigantischer «return on investment» abzeichnete wie durch die kommende Impfkampagne. Jüngere Skandale (man denke etwa an Contergan, Duogynon und andere) der Pharmaindustrie und die Tatsache, dass Impfstoffhersteller von Beginn weg eine Haftpflicht für allfällige Impfschäden ablehnten, weckt wenig Vertrauen für den Fall, dass die Impfung gesundheitliche Probleme verursachen würde. Der Mammon hat Hochkonjunktur, scheint es, und Transparenz und Verantwortungsbewusstsein waren noch nie seine Merkmale.

Wir alle leiden unter der Pandemie. Da erscheint die Impfung vielen als Rettungsanker. Aber niemand weiss, ob sich dieser nicht in sandigem Grund festsetzt und uns eine falsche Sicherheit suggeriert. ●



Weshalb Freude wichtig ist

«Nichts in der Welt wirkt so ansteckend wie Lachen und gute Laune.»
Das Zitat von Charles Dickens hat gerade heute seine Berechtigung.

Thomas Feuz



Auch wenn das Lächeln hinter Masken schwerfällt und uns diese das Lachen vermiesen möchten: Eine positive Grundhaltung macht gerade in Krisen einen Unterschied. Und wenn die Zukunftsaussichten düster sind? Dann ist es umso wichtiger, Zuversicht zu

leben, «Salz und Licht» zu sein.

«Wir können Corona»

Vor einem Jahr wurden erste Überlegungen bezüglich eines Lockdowns laut. Kaum jemand dachte daran, dass Regierungen zu solch drastischen Massnahmen greifen würden. Inzwischen gehört das partielle Grounding des öffentlichen Lebens, der sozialen Kontakte und der Wirtschaft zum neuen Alltag. Das tut weh und wird zunehmend zum Freudenkiller.

«Wir können Corona» verkündete Gesundheitsminister Alain Berset nicht ganz unbescheiden. In diesem Punkt zumindest hat sich der Magistrat getäuscht. «Corona» können wir nicht, und wohl auch «Lockdown» nicht. Über deren Sinn darf diskutiert werden, vor allem, wenn auch andere Aspekte statt nur die gesundheitlichen miteinbezogen werden. Die Folgen dürften noch zunehmen: mehr Konkurse, steigende Gesundheitskosten (psychische Erkrankungen) und höhere Sozialausgaben. Das Vertrauen unter Menschen und die Freude schwindet. Immer mehr Menschen trauen ihrer Regierung nicht mehr, aber trauen ihr inzwischen alles zu.

Zeit für ein Umdenken

Ja, wir hatten in Vor-Corona-Zeiten punkto Technologiegläubigkeit, Konsumverhalten und Mobilität überbordet. Es war höchste Zeit für ein Umdenken. Der erste Lockdown hat einiges an Denkarbeit in Bewegung gesetzt. Wir sollten

die Erkenntnisse im neuen Lebenskonzept verankern. Die «Normalität», wie wir sie kannten, ist zumindest gemäss WEF-Gründer Klaus Schwab keine Option.

Die ständige Berieselung mit Corona-Themen hat viele ängstlich gemacht. Die Freude ist bei vielen weg. Da ist es verständlich, dass das «Angebot» einer Impfung zum Rettungsanker wird. Nebst den offenen Fragen über Wirkung und mögliche Nebenwirkungen soll hier an eine Aussage von Rudolf Steiner erinnert werden. Er schrieb vor 100 Jahren: «In Zukunft werden wir die Seele mit Medizin eliminieren. (...) Es wird einen Impfstoff geben, mit dem der menschliche Körper so schnell wie möglich (...) behandelt wird, damit der Mensch den Gedanken an die Existenz von Seele und Geist nicht entwickeln kann.» Steiner befürchtete, der Mensch könnte zu einem «Automat» werden. Dass die aktuelle Entwicklung auch eine geistig-geistliche Komponente hat, wird von der Lawine an Informationen und Zahlen überdeckt. Auch hier bieten sich Chancen zum Umdenken.

Von Mut und Gelassenheit

«Gott, gib mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann, den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann, und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden.» Dieses Zitat von Reinhold Niebuhr beeindruckt durch einen klaren Blick auf die Realität und den Umgang damit. David sagt in Psalm 18,30: «Mit meinem Gott kann ich über Mauern springen.» Begrenzungen, Einschränkungen sind uns nur zu bekannt. Mauern müssen nicht immer eingerissen werden. Aber sie sind überwindbar. Gott gebe uns Weisheit, Gelassenheit und Mut situationsbezogen richtig einzusetzen.

Schliesslich sollten wir die Aufforderung in Philipper 4,4 nicht vergessen: «Freut euch im Herrn! Und nochmals: freut euch!» Freude entsteht nicht einfach so. Es braucht etwas, worüber man sich freuen kann, jemanden, der sich erfreuen lassen will. Gott der Allmächtige ist ein bleibender Wert in unsicherer Zeit. Grund zur Freude und Dankbarkeit!

Weil ein Lächeln hinter Masken nicht sichtbar ist: Auch Augen können Freude ausdrücken. Nehmen wir uns doch ab und zu einen Augenblick Zeit dafür. ●

klipp & klar

Lisa Leisi, Thomas Feuz



EDU in Aktion

Die **EDU Schweiz** begann über die Weihnachtsfeiertage mit den Vorbereitungen des Referendums gegen die «Ehe für alle» (vgl. S. 2 und 8–9).

Verschiedene **Kantonalparteien** nahmen an Vernehmlassungsverfahren teil.

EDU AG: Steuergesetz, Bildungszentrum Unterentfelden / Zusammenzug Informatik Aargau, Verfassung/Geschäftsverkehrsgesetz, Strassenverkehrsamt, Neubau Amt für Verbraucherschutz. Nach 14 Jahren im Grossen Rat hatte **Martin Lerch** am 15. Dezember 2020 seinen «Letzten». Sein Engagement wurde im Aargauer KANTONALTEIL gewürdigt.

EDU BE: Regierungsrat/finanzielle Leistungen, Finanzkontrollgesetz, Motion amtliche Werte, Handänderungssteuergesetz.

EDU SG: Missachtete Volksentscheide. Im November 2014 wurde mit Empfehlung von Regierung und Parlament mit deutlich über 70 % JA beschlossen, 6 von 9 Spitälern neu- oder auszubauen. Inzwischen bestimmte die Obrigkeit eigenmächtig, 4 Spitäler zu schliessen, darunter das für 60 Mio. neu gebaute Spital Wattwil! Das Toggenburg ist weitläufig und speziell auf das Spital angewiesen, auch wegen einem drohenden Hausärztemangel. Verschiedene Gruppierungen haben das Referendum ergriffen – als Protest und als Ausdruck des demokratischen Mitbestimmungsrechts des Volkes.



«Jerusalem»

Wie aus dem Bundeshaus verlautete, wurde die EDU-Petition zur Verlegung der Schweizer Botschaft zur Kenntnis genommen. Bittschriften sind nicht verpflichtend, weshalb aktuell nicht mit konkreten Schritten des EDA gerechnet werden kann.

Dass der Begriff «Jerusalem» toppaktuell ist, zeigt der gleichnamige Song. «Bring mich nach Jerusalem, wo ich Frieden und Glück finden kann», singt Nomcebo Zikode in der Sprache isiZulu. Gemäss «10vor10» habe der Song Alt und Jung, Arm und Reich, Schwarz und Weiss in trüben Corona-Zeiten ein Lächeln ins Gesicht gezaubert. Der Song führte während Wochen die Schweizer Hitparade an.

Erfolgreiche Misserfolge

Post-it sind nicht mehr wegzudenken. Dabei begann alles mit einem Misserfolg: Weil der neue Superkleber nur punktuell haftete, wurde das Projekt 1968 schubladisiert. Und 1974 wiederentdeckt, weil ein Techniker und Chorsänger sich über die aus seinem Gesangsbuch herausfallenden Notizen ärgerte...

Das Auto «**Tucker 48**» der Tucker Corporation hatte Sicherheitsgurten, Verbundglas, Scheibenbremsen und Aufprallschutz. Kommentar der Konkurrenz: «Ein Auto, das Sicherheitsgurten braucht, kann nicht sicher sein.» Das Gegenteil ist der Fall, wie wir heute wissen...

Das Multifunktionsprodukt **WD-40** («Water Displacement, 40th formula»), ein Antirostschutz für NASA-Raketen, war erst beim 40. Versuch erfolgreich. Der eigentliche Erfolg stellte sich ein, nachdem Mitarbeiter privat nach weiteren Anwendungen suchten. Ab 1958 in Spaydosen abgefüllt, war der Siegeszug von WD-40 nicht mehr aufzuhalten. 39 Misserfolge, der 40. Versuch ein Erfolg: Da werden Erinnerungen an die 40-jährige Wüstenwanderung des Volkes Israel wach...



Impfen in Israel

Warum erhielt Israel den begehrten Impfstoff als erste Nation? Wie ICEJ berichtet, übermittelt Israel als «Modell-Land» dem Pharmagiganten Pfizer im Gegenzug statistische Daten über die Effizienz des Impfstoffes. Bereits diesen Monat sollen Menschen ab 40 Jahren geimpft werden.

Das kleine Corona-ABC

Das «neue Coronavirus» durchbuchstabieren: eine Serie zur Meinungsbildung, 5. und letzter Teil mit Leserangebot.

N.N.*

N wie neu

Ich verwende bewusst die etwas umständliche Abkürzung «SARS-CoV-2» und vermeide die Bezeichnung «neues Coronavirus». Das Betonen des «Neuen» scheint mir aus mehreren Gründen fehl am Platz:

Erstens sind uns mit SARS-CoV(-1), kurz: SARS, und mit MERS bereits zwei «hochexplosive» Corona-Varianten begegnet, die ernsthafte Erkrankungen hervorrufen können; SARS-CoV-2 ist mindestens die dritte Variante in dieser Reihe und somit nicht «neu».

Zweitens gehören verschiedene Corona-Viren Winter für Winter zu den 5 häufigsten Verursachern von «Erkältungen». Natürlich hat SARS-CoV-2 ganz andere Dimensionen. Dennoch ist anzunehmen, dass die Bekanntschaft unseres Immunsystems mit harmlosen Corona-Erkältungsviren ein grosses Plus ist (nicht für die Abwehr via Antikörper, aber für andere Zweige unseres Immunsystems, vgl. I). SARS-CoV-2 ist also nicht einfach nur «neu» für unser Abwehrsystem.

Drittens wird mit dem Betonen, wie «neu» SARS-CoV-2 sei, Angst gemacht: Das Virus sei gänzlich unbekannt, völlig unberechenbar und somit über alle Massen gefährlich. Solche Behauptungen sind schlicht irrational.

P wie Pandemie

Eine Epidemie, welche die ganze Welt erfasst, wird «Pandemie» genannt. Der Begriff ist bei SARS-CoV-2 berechtigt, weil sich das Virus auf der ganzen Welt ausgebreitet hat. Dennoch bevorzuge ich im Fall von SARS-CoV-2 die Formulierung «weltweite Epidemie» anstelle von «Pandemie». Es hat sich gezeigt, dass COVID-19 in jedem Land seine ganz eigene Dynamik entwickelt, abhängig von der Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems, der Luftverschmutzung, von anderen Epidemien (Malaria, Ebola, HIV...), von Armut, vom Zeitpunkt des Lock-downs usw. Deswegen macht es Sinn, die durch SARS-CoV-2 verursachte Epidemie für jedes Land gesondert zu studieren.

Ich mag den Begriff «Pandemie» im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 auch deswegen nicht, weil er uns glauben machen will, auf der ganzen Welt sei COVID-19 nach wie vor ein unbeherrschbares Problem.

W wie Wirtschaft

Eine beherzte Vitamin-D-Gabe und andere einfache Vorsorgemassnahmen hätten uns möglicherweise wirtschaftlich einschneidende Massnahmen ersparen können. Sie hätten uns auch das Dilemma ersparen können, wegen SARS-CoV-2 den Gesundheitsschutz und die Wirtschaftsinteressen gegeneinander ausspielen zu müssen.

Natürlich kann man nicht alles lösen mit dem Einsatz von Vitaminen und Nährstoffen. Vitamin D scheint aber bei SARS-CoV-2 eine dermassen zentrale Rolle als Regulator des Immunsystems zu



spielen (→ SARS-CoV-2 als normale «Erkältung» oder aber gefährlicher Verlauf?), dass man mit dessen Nichtbeachten ein grosses Potenzial ungenutzt lässt. Statt diesem vielversprechenden Weg eine Chance zu geben, werden Massnahmen forciert, deren Wirksamkeit gegen SARS-CoV-2 höchst ungewiss ist, die aber der Wirtschaft schwer schaden.

Z wie Zukunft

Vieles ändert laufend, vieles bleibt offen. Das soll mit dieser Episode verdeutlicht werden:

Ein Patient fragt seufzend seinen Hausarzt: «Wie lange dauert eigentlich dieser ganze Zirkus mit dem Coronavirus noch?» Der Arzt antwortet: «Woher soll ich das wissen? Ich bin nur Arzt, nicht Politiker!» ●

☞ *Name und Adresse der schreibenden Person sind der Redaktion bekannt. Die im Medizinalsektor tätige Person möchte unerwähnt bleiben. Die einzelnen Essays sind als PDF-Dossier bei der Redaktion (s. Seite 19) erhältlich.



Zuschriften

(Zusammenstellung/Redaktion: Thomas Feuz)

Standpunkt allgemein

Ich möchte Ihnen hiermit recht herzlich Danke sagen für Ihre super gute Zeitschrift. Die EDU ist für mich die einzig glaubwürdige Partei. Ich wünsche allen, die engagiert sind, alles Gute.

Bernadette B., Ibach

... sehr gute Zeitschrift! Das wollte ich einfach mal sagen. Ich lese euer Magazin gerne und möchte euch ermutigen.

Lothar Gassmann (per Telefon)

Im «Standpunkt» gibt es Beiträge, die einen mehr bzw. auch weniger ansprechen. Die Beiträge von Lisa Leisi sprechen mich aber immer positiv an: Sie sind fundiert, klar und in einer feinen Art geschrieben. So auch der Beitrag «Wonach richten wir uns?». Dafür bedanke ich mich bei ihr sehr herzlich und wünsche allen Schreibenden Gottes Segen.

Bruno Hunziker (per E-Mail)

«Weltregierung»

Letzthin las ich in einem Artikel auf Livenet.ch, dass China an einem G20-Treffen einen international gültigen digitalen Impfausweis gefordert hatte. Wegen datenrechtlichen Bedenken einiger Länder drang diese Forderung nicht durch. Offenbar liebäugeln auch Fluggesellschaften mit einer Impfpflicht. Beim Lesen dieses Artikels kam mir unwillkürlich die Stelle in der Offenbarung in den Sinn, wo beschrieben wird, dass

«Menschen, welche nicht das Zeichen des Tieres am Kopf oder an der Hand haben, nicht mehr kaufen oder verkaufen können». Eine weltweite Pandemie wie Covid-19 könnte problemlos mithelfen, die Weltherrschaft auf diesem Weg einzuführen. Wie Sie schreiben, ist Angst ein geeignetes Mittel, um Menschen zu manipulieren.

Peter Schmid (per E-Mail)

Wirtschaft

Ich teile die Meinung von Herrn Gasser bezüglich Sicherheitslage nicht. Die Nato hat sich nicht an die Zusagen gegenüber Russland gehalten und ihr Gebiet immer weiter Richtung Osten ausgebaut. Amerika ist die treibende Kraft der Nato und wir wissen alle, dass fast alle Kriege der letzten Jahrzehnte von Amerika angezettelt wurden. Trump war hier eine löbliche Ausnahme.

Heidy Landolt (per E-Mail)

Corona-Massnahmen

Bravo Andreas! Der EDU-Nationalrat hat es mit seinem Votum auf den Punkt gebracht: Gebetsmühlenartig werden Tag für Tag die neusten Test- oder Infektionszahlen des Langem und Breitem in Umlauf gesetzt. Ein Fressen für die Medien und ihre linientreuen Journalisten! Die Behörden haben offenbar nichts Besseres im Kopf, als weiterhin kaum etwas nützende «Schutzkonzepte» anzuordnen. Dabei wird das fast Wichtigste ausser Acht gelassen: die Stärkung des Immun-

systems – mit vitamin- und mineralstoffreicher, möglichst naturbelassener und frischer Nahrung, genügend Schlaf, möglichst viel Bewegung an frischer Luft.

Dringender Appell: Lernen wir mit dem Virus zu leben. Halten wir die ursprünglich von Daniel Koch empfohlenen 5 einfachen Massnahmen ein und leben ansonsten ganz normal weiter!
Heinz Hürzeler, Luchsingen

Editorial

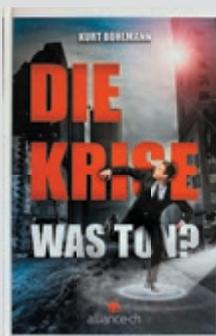
Etwas spät, aber umso herzlicher danke ich Ihnen für die treffenden Zeilen. «Corona» beherrscht in diesen Zeiten das Denken. Ist es wirklich das Virus? Sind es nicht viel eher böse Mächte, welche unsere Politiker/innen dazu verleiten, Corona für ihre Zwecke zu nutzen, um die Bevölkerung mit unsinnigen Vorschriften und Methoden in Angst und Schrecken zu versetzen?

Ruth Singer, Läuelfingen

Ihre Ansicht interessiert uns!

Trotzdem können wir nicht alle Zuschriften berücksichtigen. Der Abdruck erfolgt in der Regel gekürzt und in redigierter Form.

Buchtipp



«Die Krise. Was tun?»

Erschienen im Eigenverlag, 250 Seiten, Kartoneinband, Fr. 28. (Mengenrabatt ab 2 Stk.)
Kontakt: www.alliance-ch.ch

Der Autor Kurt Bühlmann legt ein äusserst lesenswertes Werk vor. Der frühere Wirtschaftsmann (Banken, Marketing, Bau) engagiert sich heute als Erwachsenenbildner mit dem Schwerpunkt Bibel-orientierte Finanz- und Businesslehre. Das Buch beleuchtet zahlreiche Aspekte rund ums Thema Geld und beinhaltet anschauliche Erlebnisse sowie Grafiken und Tabellen. Mit Lösungsansätzen und einem Ausblick auf Gottes künftige Welt wird das handliche Buch zu einem guten Begleiter in Krisenzeiten. (tf)



Schlagzeilen

Ruedi Ritschard, Kolumnist

«Es schneiet, es beielet, es geit e chüele Wind. D Meitschi lege d Hendschen aa u d Schnuuza, die fährt gschwind.» Endlich fallen die Flocken nicht nur aus der Zmorgemüeslipackung. Wie sie tanzen, wie sie wirbeln! Die laute Welt wird still.

Nun waren sie wieder unterwegs, die Gemeindearbeiter, rammen die knallig gefärbten Pfosten in den Boden entlang von Strassen und Wegen. Cheibe gäbig, wenn die Gegend in einer dicken Nebelsuppe oder im tiefen Schnee steckt. Dabei haben die Leuchtpfosten einen ganz anderen Auftrag: Sie weisen der «Schnuuze» den Weg.

Ich bin ein Fan von Schneepflügen, schon als Kind. «D Schnuuza chunnt, d Schnuuza chunnt!» Kräftig zogen die zwei dampfenden Pferde den hölzernen Dreieckpflug, beschwert mit Sandsäcken und den beiden gewichtigen Gespannführern. Was für ein Krampf! Kein Vergleich zu den heutigen PS-Monstern. Das schabende Geräusch des Pflugs, die blinkenden Lampen, die hohen Schneewalme – ich bin hin und weg, auch heute noch.

Ein Bilderbuchwinter um 1980. Es schneit und schneit. Die Schlagzeilen in den Zeitungen überbieten sich. Von Jahrhundertwinter, Lawinen, eingeschneiten Dörfern und unterbrochenen Strassen ist zu lesen. Eben ist der Schneepflug vorbeigedonnert. Er ist im Dauereinsatz.

«Muetti, d Schnuuza isch cho! I gah der Schnee ga furtschufle», ruft einer unsrer Buben. Er nimmt die Schaufel, stapft durch den Schnee und schaufelt, was seine Arme hergeben. Die Fahrerin eines Autos erschrickt, bremst abrupt, das Auto schleudert auf der frisch gepflügten Strasse, erfasst den Knaben und schleift ihn einige Meter mit. Der «Büebel» kriecht unter dem Auto hervor, der Polizist stellt Hunderte von Fragen, mit Blaulicht

rast die Ambulanz ins Spital. Meine Frau betreut die schlotternde Fahrerin und kocht einen Nerventee. Nach zwei Stunden die Entwarnung: «Der Bub ist gesund. Er kann abgeholt werden.» Der Polizist geht, die Frau trinkt ihren Tee und geht auch.

... **die Presseschlagzeile am Tag darauf:** «Unvorsichtiger Bub rannte gestern auf vielbefahrene Strasse, wo er von einem Auto erfasst und 50 Meter weit mitgeschleift wurde. Die Autofahrerin erlitt einen schweren Schock. Der Knabe trieb sich unbeaufsichtigt zu Hause herum. Er hat erhebliche Verletzungen und muss für längere Zeit im Spital behandelt werden. Wieder ein Beispiel, was passieren kann, wenn beide Eltern weg sind und die Kinder allein gelassen werden.»

Wie kann das sein? Wer hatte der Zeitung so etwas gemeldet? Was für eine Falschmeldung (heute sagt man Fake News...)! Und niemand will dafür geradestehen. Der Gipfel: Das Jugendgericht bescherte uns eine Gerichts-urkunde samt böser Verwarnung. Wir hätten unsere sechs Kinder nicht im Griff, stand darin; beim nächsten Verstoss... Auf meine Gegendarstellung erhielt ich notabene nie eine Antwort.

Schlagzeilen werden uns wie nie zuvor um die Ohren gehauen. Falsch, richtig? Was sollen wir glauben, was nicht? Mein Tipp: Zeitung weglegen und in der Bibel nach Schlagzeilen suchen. Sie ist voll von sensationellen Storys – und denen können wir glauben. ●



Spenden in WIR

Sie können die EDU auch mit WIR unterstützen. WIR-Spenden senden Sie bitte an:

EDU Schweiz
Postfach 43
3602 Thun

IBAN: CH87 0839 1122
3053 9000 0

Wir danken Ihnen herzlich für jede Form der Unterstützung.

Matrimonio per tutti: è referendum!

Il Parlamento federale ha deciso di introdurre il «Matrimonio per tutti» semplicemente rivedendo la legge, senza modificare la Costituzione, cambiando quindi il significato di Matrimonio quale è sempre stato inteso da tutti e cioè l'unione fra un uomo e una donna.



Edo Pellegrini, presidente UDF Ticino, deputato in Gran Consiglio

Se questo non bastasse, e a differenza del progetto originario del Consiglio federale, lo stesso disegno di legge mira anche a legalizzare la donazione di sperma per le coppie lesbiche. Gli interessi del bambino vengono totalmente ignorati.

No a questo «pseudo-matrimonio»

La Treccani definisce il matrimonio come «Unione fisica, morale e legale dell'uomo (marito) e della donna (moglie) in completa comunità di vita, al fine di fondare la famiglia e perpetuare la specie». Solo questa unione fa nascere i bambini, che assicurano il

futuro della società. Per questo il matrimonio deve essere protetto.

No alla «tattica del salame»

La legge sull'unione domestica registrata è entrata in vigore il 1° gennaio 2007 e tutti avevano garantito che mai si sarebbe arrivati all'adozione da parte di coppie omosessuali. Invece, il 1° gennaio 2018, è entrata in vigore l'adozione del figlio del partner per le coppie dello stesso sesso.

Ora, con il Matrimonio per tutti, l'adozione sarà possibile anche alle coppie omosessuali, né più, né meno come per le coppie eterosessuali.

Ma la legge proposta va più lontano: permette la donazione di sperma per le coppie lesbiche.

Quale sarà il prossimo passo? È facilmente prevedibile che, fra non molto, si pretenderà di legalizzare la maternità surrogata per le coppie di maschi omosessuali «sposati». Gestazione per terzi! Quale degrado per la condizione della donna che verrebbe trattata come una macchina riproduttiva a pagamento!

UDF insieme ad altre organizzazioni lancia il referendum

Dobbiamo bloccare questa legge immorale ed iniqua!

Vi esorto quindi a scaricare, firmare e far firmare il modulo per la raccolta delle firme dal sito <http://matrimonio-civile-per-tutti-no.ch>.

Un cordiale saluto dal Ticino. ●



Umfrage: Warum sind Sie in der EDU?

«... weil mich ihr Engagement ermutigt»



Vor zehn Jahren lernte ich im Frauengebet die EDU kennen. Seither besuche ich das monatliche EDU-Gebetstreffen. Die Anlässe vor Abstimmungen und die Brunchs mit anschließendem Vortrag vermitteln einen vertieften Einblick in politische Fragen. Den «Standpunkt» schätze ich als Hilfe bei der Entscheidungsfindung.

Ich gehöre gerne einer Partei an, die das Beste für unser Land will und sich dabei klar nach Gottes Wort ausrichtet. Auch das Engagement für Israel und die mutige Haltung gegenüber dem Zeitgeist sind mir wichtig.

In meinem Arbeitsleben kam ich direkt mit Armut, Obdachlosigkeit und Drogenmissbrauch in Berührung. Dass unser Sozialsystem nicht immer nachhaltige Lösungen zur Existenz-

sicherung und Reduzierung der Suchtproblematik bietet, macht mich betroffen.

Ich finde es ermutigend, dass die EDU gegen die «Ehe für alle» das Referendum ergriffen hat. Es ist wichtig zu zeigen, dass längst nicht alle mit der heute selbstverständlich gewordenen Umstrukturierung der Gesellschaft (sprich Gender-Mainstreaming) einverstanden sind.

... und ich freue mich, dass die EDU mit Andreas Gafner im Nationalrat vertreten ist! Ihm wünsche ich von Herzen viel Kraft, Durchhaltevermögen und Weisheit in seinem Amt.

Elisabeth Iselin; Pflegefachfrau/Sozialarbeiterin FHS, Rentnerin; Hobbys: Natur, Kochen, Reisen, soziale Kontakte; Heiden AR

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN

Medjool-Datteln aus Israel, neue Ernte, 5 kg CHF 80.– plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Källnach. K: 079 607 12 07

VERMIETEN

In **Unterseen-Interlaken**, zentral und doch im Grünen: **3½-Zi.-Wohnung**, an ruhiger, sonniger Lage. 2. Stock (kein Lift), Balkon, Keller, Parkplatz, auf Wunsch Gartenanteil; Miete CHF 1250.– inkl. NK (exkl. Strom, Heizöl). K: 078 806 20 90.

Familienfreundliches EFH im Waldenburgerthal BL, nach Übereinkunft zu vermieten: Sonnig gelegenes 5½-Zi.-Haus (Baujahr 1973, teilrenoviert) mit grossem Garten, freut sich auf eine Familie, die sich im Sinne der Erbauer an christlichen Werten orientiert. Interessenten melden sich bei Herrn Ramseier unter info@corpsana.biz

VERSCHENKEN

Balkontüre (nur Türe) Holz/Metall, neuwertig. Rahmenausmass: 993 x 2162 mm. Glaslicht: 845 x 2025 mm. 2-fach-Glas, Zwischensprosse: 18H. Sprossen: 4 Stk. horizontal, 1Stk. vertikal. K: 079 825 66 01

Schlafzimmer aus Naturholz hell, neuwertig: Franz. Bett: 173 cm/205 cm. 3-Türen-Schrank: B: 200 cm/H: 210 cm / T: 60 cm. 2 runde Nachttische mit Glasplatte. 1 Wandspiegel. **Kinderzimmer:** Etagenbetten aus Holz, weiss, wenig gebraucht: Liegefläche 90/200 cm. Höhe 140 cm. Gesamte Länge 210 cm. Rollrost Basic. Saubere Matratzen. **Bibeln:** Diverse alte Bibeln, teilweise Antiquariate. K: 079 342 87 48, hohenberger.tg@bluewin.ch

Schuhe mit links erhöhtem Absatz, für Frau mit verkürztem Bein, Grösse 40/41. 1 Paar Stiefel und 2 Paar Halbschuhe. Für Person mit Handicap: **1 Kamm mit Holzstielverlängerung**. K: 078 903 01 88

Sehr aktuell: Das Traktat «Coronavirus: Ein Ruf zu Gott ...?» Helfen Sie mit, damit diese evangelistische Schrift (A6/6 Seiten) noch viele Mitmenschen erreicht, solange wir dazu noch die Möglichkeit haben! Gratis erhältlich beim Literatur-Dienst, Postfach 21, 3113 Rubigen BE, literatur-dienst@bluewin.ch, SMS + Anrufe: 079 613 20 02

VERSCHIEDENES

Zwei befreundete Familien suchen **Bauland DFH oder je EFH/grosse Wohnung** im Kt. ZH. Mit ÖV max. 40 Min. bis Zürich HB. Kauf oder Miete. K: 077 463 29 82

Patientenverfügung, Vorsorgeauftragsmuster, Verfügung für Erdbestattung finden Sie unter www.ve-p.ch, oder gratis bestellen: Sekretariat VE + P, Postfach 16, 8514 Bissegg

Die EDU lädt ein

Baden: jeden 1. Montag des Monats: EDU-Gebet. K: 079 541 38 51

Biel: jeden 1. Donnerstag des Monats, 19 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

Heiden: jeden 1. Dienstag des Monats, 14.30 Uhr, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9–10 Uhr, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch des Monats, 18.30–19 Uhr, Cevi-Zentrum Glockenhof, Raum der Stille, Sihlstrasse 33: EDU-Gebet. K: 044 322 61 46

8./22.2. Bülach: 20–21 Uhr, neu im Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: Fürbitte-Gebet. Organisator: EDU Zürcher Unterland. K: 044 865 20 32, 044 856 01 93

21.2. Herisau: 17 Uhr, Pfingstgemeinde, Rosenastrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

6.3. Wattwil: 9.30 Uhr, Restaurant Thurpark, Volkshausstrasse 23: **Mitgliederversammlung EDU Kanton St. Gallen**. Um 11 Uhr Vortrag von David Gysel «Organspende – gut fürs Leben?»

12.3. Uznach: ab 19.45, Seminarcenter Treffpunkt, Etzelstrasse 5: **Mitgliederversammlung Kreispartei EDU See-Gaster**

Christliche Anlässe

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

30.1.–6.2. Seminarwoche Bibel-auslegung: Drei Dozenten unterrichten in dieser Woche während 24 Lektionen drei biblische Bücher. **NEU: auch Online-Teilnahme via Livestream möglich**
Angaben über die Durchführung finden Sie auf der Homepage. K: www.gaestehaus.ch, 033 841 80 00

FEG

6.2. 9.30–16.30 Uhr, Zürich: Ehe-vorbereitung «Fit für die Ehe?!» – Impulstag für Verliebte und Verlobte. Die praxisnahe und hilfreiche Ergänzung zur persönlichen Ehevorbereitung. Auch als Orientierungshilfe für Paare, die noch nicht heiraten wollen. Mehr Infos: www.feg.ch/ehefamilie

Gemeinde für Christus

5.–7.3. Mit Gott im Job – Ermutigung, Netzwerk, Inspiration

STANDPUNKT

Christlich-politische Monatszeitschrift

26.–28.3. Worship-Weekend zum Thema «Freude»

Infos und Anmeldung: Seminar- und Freizeithaus Wydibühl, Wydibühlstrasse 24, 3671 Herbligen BE, 031 770 71 71, freizeithaus.gfc.ch
Aktuelle Informationen zu weiteren Anlässen: gfc.ch/agenda

Hinweis:

Alle Angaben unter Vorbehalt der weiteren Entwicklung.

Kontaktperson

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

Stimmt Ihre Adresse noch?

Danke!

Bitte helfen Sie Kosten sparen und teilen Sie uns Änderungen rechtzeitig mit: Telefon 033 222 36 37
mutationen@edu-schweiz.ch

Der «EDU-Standpunkt» 03/2021 wird am 22. Februar 2021 versandt.
Redaktionsschluss: 5. Februar 2021
Druck: 18. Februar 2021

LESER BILD



«Miteinander gehts besser.» Mit diesem gelungenen Bild samt Slogan hat Helen Fehr der Redaktion gleich eine doppelte Freude gemacht.»

Impressum

HERAUSGEBER / REDAKTION

EDU-Standpunkt
 Postfach 43
 3602 Thun

ADMINISTRATION UND ADRESSMUTATIONEN

033 222 36 37
 mutationen@edu-schweiz.ch

INSERATE UND BEILAGEN

(ohne Marktplatz)
 031 818 01 46
 inserate@edu-schweiz.ch

MARKTPLATZ (SEITE 18)

033 222 37 06
 marktplatz@edu-schweiz.ch

REDAKTION

033 222 37 07
 redaktion@edu-schweiz.ch

ABONNEMENT

CHF 30.-/25 € (inkl. 2,5 % MwSt)

REDAKTION

Thomas Feuz, Redaktionsleitung
 Thomas Lamprecht (Vertreter der GL)
 Anian Liebrand, Karin Hirschi, Lisa Leisi

regelmässige Mitarbeiter: Markus Reichenbach,
 Beat Reuteler, Ruedi Ritschard, Markus Wäfler

Schreibende geben ihre
 persönliche Ansicht wieder.

KONZEPT / GESTALTUNG

Basel West Unternehmenskommunikation AG

LAYOUT

Harold Salzmann

DRUCK UND SPEDITION

Jordi AG, Belp

FOTOS

Titelseite: shutterstock.com
 16: adobe stock
 5, 7, 10, 11, 12, 17, 19: shutterstock.com
 13 (Mitte), 14: pixabay.com
 Kopfbilder, 8, 18: zvg

40. Jahrgang; erscheint monatlich
 11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)
 Auflage: 21 600 Exemplare

Postcheck 30-23430-4
 IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4
 www.edu-schweiz.ch

JAHRESABONNEMENT

CHF 30.-/25 € (inkl. 2,5 % MwSt.)

GESCHENKABOS UND PROBEUMMERN – AUCH ZUM VERTEILEN!

info@edu-schweiz.ch
 033 222 36 37

Dankbar und hoffnungsvoll!?

Ein Jahr ist vergangen, ein neues hat begonnen. Normalerweise ist das der Zeitpunkt, an dem man dankbar zurückblickt und hoffnungsvoll vorausschaut. Aber kann man nach einem solchen Jahr dankbar und voller Hoffnung sein?



Simon Füllemann, Mitglied Geschäftsleitung EDU Schweiz

Ehrlich gesagt fällt es mir schwer, dankbar zu sein. Mir hat das vergangene Jahr ziemlich zugesetzt. In 1. Thessalonicher 5,18 heisst es: «Seid in allem dankbar; denn das ist der Wille Gottes in Christus Jesus für euch.» Ein Imperativ: «Seid dankbar!»

In den Versen davor und danach geht es im gleichen Stil weiter: «Freut euch allezeit! Betet ohne Unterlass! (...) Den Geist dämpft nicht! Die Weissagung verachtet nicht! Prüft alles, das Gute behaltet! Haltet euch fern von dem Bösen in jeglicher Gestalt!» **Klartext!**

Wir sollen also nicht nur dankbar sein, sondern uns auch allezeit freuen. Aber wie soll das denn in Zeiten von Corona gehen? Es hat sehr viel damit zu tun, worauf wir unseren Fokus richten. Sind wir ständig mit Gott verbunden im Gebet? Sind wir offen, auf die Stimme Gottes zu hören? Weisen wir zum Beispiel jegliches prophetische Reden zurück, weil einige Personen eine zweite Amtszeit von Donald Trump vorausgesagt haben, was nun nicht eingetroffen ist? Sind wir bereit, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten, sondern zu prüfen und das Gute zu behalten? Halten wir uns fern vom Bösen? Und: Lassen wir uns von schlechten Nachrichten niederdrücken oder lassen wir uns vom Heiligen Geist erfüllen?

Meine Aufgabe ist es eigentlich, hier ein paar motivierende Zeilen zu schreiben. Ich stelle fest, dass die obigen Worte sich auch an mich richten, mich überführen. Darum will ich nicht belehren. Vielmehr möchte ich Sie einladen, gemeinsam Gott für das Jahr 2020 Danke zu sagen – auch wenn wir nicht alles verstehen. Richten wir unser Inneres bewusst auf Gott aus und gehen wir erfüllt mit dem Heiligen Geist und hoffnungsvoll in den zweiten Monat des neuen Jahres! ●


Christ und Job.ch
der idea-Stellenmarkt

Berufene finden auf

www.ChristundJob.ch



Standpunkt Abonnenten erhalten
bis Ende 2021 ihr erstes
Stelleninserat mit dem
Rabattcode «EDU» gratis

www.ChristundJob.ch

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs

fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze

Schurwollduvets, Kissen und Bettauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



Spycher-Handwerk

Huttwil



www.kamele.ch

Schaukarderei

- Naturfaserkleider
- Jurtenübernachtung
- Betriebsführungen

062 962 11 52

MAF
Flying for Life
maf-swiss.org

baumann
elektro

jung, dynamisch und motiviert

www.baumannelektro.ch
3110 münsingen | 031 721 62 27



FERIEN & SEMINARE

www.cvjm-zentrum.ch

Huwa

100 Jahre

www.huwa.ch



Ruedi Josuran:

**«Lepra ist heilbar.
Helfen Sie jetzt!»**
lepramission.ch

SPITALSCHIFFE
FÜR DIE ÄRMSTEN



Sie können
helfen!

www.mercyships.ch

CONSFUND
CONSULTING & FUNDRAISING

Beratung und Fundraising
für Nonprofit-Organisationen
und christliche Werke

www.consfund.ch

... aus der Not ins Leben...
helfen Sie mit?



ermutigende Projekte in Kenia
networkdiaspora.ch

HINE ADON
HOTEL
APARTHOTEL
HINEADON.COM

E. + W. BERTSCHI
AG
5728 Gontenschwil 062-773 12 40
Spenglerei · Sanitär · Heizungen

Für mehr Lebensqualität.

RS Hilfsmittel Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
Tel. 079 215 57 27
n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung

Treuer Verwalter sucht
Mehrfamilienhaus zu kaufen.

Das Erbe wird in Ehren
weitergeführt...

Bitte rufen Sie an: 033 535 59 45

schenk
Gesteuerte Horizontal-Bohrtechnik
www.schenkag.com

TB TRANSPARENT
BROKER
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern
Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch